

Libyen versinkt im Chaos, und der Westen ist schuld

Autor(en): **Matzken, Heino**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **180 (2014)**

Heft 7

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-515447>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Libyen versinkt im Chaos, und der Westen ist schuld

Das hätten sich im März 2011 die Bomberbesatzungen aus Frankreich, den USA, Grossbritannien und anderen Bündnispartnern nicht träumen lassen. Damals zerstörte eine «Koalition der Willigen» die Diktatur Gaddafis und gleichzeitig einen zweifellos ungerechten und grausamen, aber funktionierenden Staat. Doch was sich nun abzeichnet, scheint noch schlimmer zu sein!

Heino Matzken

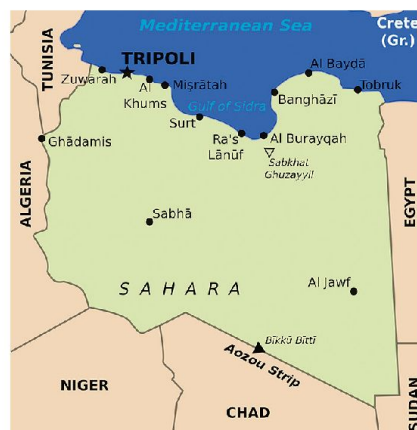
Hätte der Westen die katastrophalen Konsequenzen für die Region und die sechs Millionen Libyer vorhersehen können oder nahm er sie aus eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen in Kauf? Hatten Afghanistan und der Irak nicht eindeutig bewiesen, dass ein Regimewechsel gründlich vorzubereiten ist, wenn er erstens der Bevölkerung eine Besserung der Lage bringen und zweitens nachhaltig sein soll? Im Februar 2014 zog es die Nordafrikaner zum zweiten Mal, fast drei Jahre nach Beginn der «Revolution», an die Urnen. «Alles richtig gemacht», könnten die westlichen Demokratiefanatiker denken.

Der Schein trügt

Lediglich 649 Kandidaten, zum grössten Teil unbekannt, fanden sich auf der Wahlliste. Von Parteien und deren Programmen keine Spur. Lediglich ein Drittel der drei Millionen Wahlberechtigten liess sich im Vorfeld registrieren. Von Wahlkampf in den Medien oder der Öffentlichkeit konnte keine Rede sein. Anstatt 60 Mitglieder einer verfassungsgebenden Versammlung zu wählen, – richtig gelesen: Libyen hat immer noch keine neue Verfassung – konnten lediglich 47 Volksvertreter bestimmt werden. Hauptgrund dafür war, dass die Minderheiten der Berber und Tebu die Wahl boykottierten. Ob diese 47 Volksvertreter nun in der Lage sein werden, in den kommenden 120 Tagen einen Grundgesetzentwurf für ein geplantes Referendum vorzubereiten, bleibt abzuwarten. Erst nach dessen Bestätigung durch das Volk soll Ende 2014 eine Parlamentswahl die Reifeprüfung für die Demokratie im «Nach-Gad-

dafi-Libyen» darstellen. Aus Enttäuschung über die mangelnden Sicherheitsmassnahmen des Kongresses trat dann auch der Vorsitzende der High National Elections Commission (HNEC), Nuri Elabbar, nur wenige Tage nach dem Urnengang zurück.

Und genau hier liegt das Problem! Die durch Demonstranten aus Bengasi vor drei Jahren ins Rollen gebrachte Revolution zerstörte mit tatkräftiger Unterstützung der militärischen Überlegenheit der NATO-Operation «Unified Protector» einen funktionierenden Staatsappa-



Libyen.

Bild: Wikimedia

rat. Neben den enormen infrastrukturellen Schäden an Verwaltungs-, Gesundheits-, aber auch Schulgebäuden verursachten der Feldzug und der Sturz des Alleinherrschers ein Machtvakuum. Obwohl der durch die UN-Resolution 1973 autorisierte Militäreinsatz unter anderem den Schutz der Zivilbevölkerung zum Ziel hatte, bestätigte sich erneut: «das Gegenteil von gut ist gut gemeint!» Der bis Oktober 2011 dauernde Feldzug zerschlug die staatliche Autorität im ölreichen Li-

byen. Damit lud er bewaffnete Milizen ein, diese Lücken zu füllen. Bereits im Januar 2012 zeigte sich die Ohnmacht des Übergangsrats. Gaddafi-Treue eroberten Teile der Stadt Bani Walid im Nordwesten des Landes und stürmten das Hauptquartier des Nationalen Übergangsrats. Der Vorsitzende, Usama al-Dschuwaili, versuchte in der Folge, die Revolutionsbrigaden und Milizen in die regulären libyschen Streitkräfte, die Polizei und andere Einrichtungen der neuen Regierung zu integrieren. Doch, wie sich schnell herausstellte, war diese Absicht nur schwer zu realisieren. Trotz der Wahlen zum Übergangsparlament im Juli 2012, blieben viele der «Helden der Revolution» mit ihrer Situation unzufrieden. Immer mehr Gruppen behielten ihre Waffen und suchten neue «Einnahmequellen». So entwickelten sich lokale, stammesgebundene Milizen, die sich durch Schmuggel und organisierte Kriminalität finanzieren. Ihre Macht ist nahezu unbegrenzt, wie die kurzzeitige Entführung des Premierministers Ali Zidan, um die Festnahme eines mutmasslichen Al-Kaida-Mitglieds zu rächen, im Oktober 2013 eindrucksvoll bestätigte.

Kämpfe unter bewaffneten Milizen

Nur einen Monat später versuchten hunderte Demonstranten gegen die Präsenz der Misrata-Miliz in Tripolis zu protestieren und sie zum Abzug zu bewegen. Die anfangs friedliche Kundgebung entwickelte sich zu einem regelrechten Gefecht zwischen beiden Gruppen, welches Dutzende Opfer forderte. Die Misrata-Milizen waren massgeblich am Fall von Tripolis und am Sturz Gaddafis beteiligt und stellen weiterhin die grössten Kampfverbände.



Spuren des Krieges bei Misrata.

Bild: joeprek, Wikimedia

Auch die Wahlen zum Übergangsparlament, dem Allgemeinen Nationalkongress, im Juli 2012 änderten an dieser «realen» Machtverteilung wenig. Damals gewann die gemässigte säkulare Partei NFA (National Forces Alliance), eine eher liberale Koalition der nationalen Kräfte, 48 Prozent. Die Muslimbruderschaft, vertreten durch ihren politischen Arm JCP (Partei für Gerechtigkeit und Wiederaufbau), erreichte im Gegensatz zu Spitzenwahlergebnissen in den Nachbarländern Ägypten und Tunesien lediglich zehn Prozent. Eine Übergangsregierung etablierte sich und die vom Westen lang ersehnte Erdölproduktion lief langsam wieder an. Doch hatten die Staatengemeinschaft und die bürgerkriegsgeplagte Bevölkerung die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Wie in Afghanistan die Mujaheddin, so wurde man nun die Geister, die man rief, nicht mehr los. Die zahllosen Milizen, teilweise finanziert und ausgerüstet durch die Koalition, liessen sich nicht zurück in die Bedeutungslosigkeit drängen. Wie selbstverständlich füllen die bewaffneten Widerstandsgruppen nach dem Ableben Gaddafis noch heute die Lücken in den Sicherheitsorganen des Staatsapparats. Sie übernahmen Polizei- und selbst Armeeaufgaben, für die sie sogar staatliche Bezahlung erhalten. Korruption und Gewalt beherrschen das tägliche Leben der Nordafrikaner.

Korruption, Gewalt und Chaos

Kurz vor der Wahl 2014 zwangen bewaffnete Männer einen TV-Journalisten in Tripolis, seine Sendung zu beenden. Nicht der einzige Zwischenfall mit der Presse. Eine andere Gruppe entführte Anfang des Jahres drei Reporter; von Pressefreiheit keine Spur!



Regierungschef Ali Zidan wurde Ende März durch ein Misstrauensvotum des Parlaments abgesetzt.

Bild: Abdeljalil Bounhar AP

Kurz nach der Wahl stürmten bewaffnete Demonstranten das Parlamentsgebäude in Tripolis und verletzten zwei Volksvertreter. Die Angreifer forderten die Auflösung des 2012 für lediglich 18 Monate aufgestellten Nationalkongress, der sein Mandat jedoch eigenmächtig von Februar bis Ende 2014 verlängert hatte. Eine Mordwelle in Bengasi, die im Februar fast 60 Opfer forderte, unterstrich die chaotische Lage.

Die wachsende Autonomie einzelner ehemaliger Milizen zeigte sich auch im März 2014: Eine Rebellengruppe brachte drei Ölhäfen im Osten des Landes in ihre Gewalt, unter ihnen die Öl-Verladeterminale al-Sidra. Dem Versuch von Ibrahim Jathran, Öl an Nordkorea zu verkaufen, widersetzte sich Premierminister Ali Zidan hartnäckig. Er drohte, den nordkoreanischen Öltanker «Morning Glory» wenn nötig von der Luftwaffe bombardieren zu lassen. Kurze Zeit später brachten US Special Forces den Tanker unter ihre Kontrolle und zurück nach Tripolis. Rebellenführer Jathran hatte früher als Kommandant die östlichen Ölhäfen bewacht, und das sogar im Auftrag der Regierung. Vor eineinhalb Jahren erklärte sich die Ostprovinz Cyrenaika bereits zur autonomen Zone. Die Separatisten fordern wesentlich mehr Anteile an den Öleinnahmen. Libyen droht, auseinander zu brechen! Da stellt die Ausbildung von 2000 libyschen Soldaten in den kommenden zwei Jahren in Italien nur einen Tropfen auf den heissen Stein dar.

Die internen Unruhen bezahlte Regierungschef Ali Zidan dann auch Ende März

mit seiner Absetzung durch ein Misstrauensvotum des Parlaments. Sein «Übergangsnachfolger» Abdullah Al Thani kündigte aber bereits Mitte April nach einem Angriff auf seine Familie. Eine erneute Verschlechterung der Sicherheitslage!

Nach Irak und Afghanistan hätte man es wissen müssen

Sicherlich hat die Weltgemeinschaft im März 2011 nicht gewusst, was kommen würde. Doch hätte sie das mit einer intensiveren Analyse der Negativ-Beispiele in Afghanistan und dem Irak wissen oder zumindest erahnen können. In Kabul versuchen bereits seit zehn Jahren über 100 000 Soldaten unter Zuhilfenahme unzähliger Milliarden Dollar finanzieller Unterstützung, einen halbwegs funktionierenden Staat aufzubauen. Trotz dieses langjährigen enormen Engagements – wieder einmal «gut gemeint» – befürchten viele Experten einen Rückfall ins Chaos nach dem Ende der ISAF-Mission Anfang 2015.

Noch offensichtlicher erscheint das Beispiel Irak. Auch dort hatte eine «Coalition of the Willing» 2003 einen Diktator vom Thron gestossen. Mit ihm verschwand jedoch auch ein funktionierender Staatsapparat, der bis dahin die Mängel der künstlichen Staatsgründung von 1920 mit kompromissloser Autorität unterdrückte. Seither schwelt ein Bürgerkrieg, der in der westlichen Presse nur geringe Beachtung erfährt. Der Konflikt zwischen Kurden, Sunniten und Schiiten forderte im Jahr 2013 fast 10 000 Opfer. Auch hier war ein Regimewechsel erwünscht, aber nicht geplant und schon gar nicht vorbereitet. Staatliche Strukturen, welche über die entsprechenden Machtmittel wie Polizei und Armee verfügen, sind zu schwach, um Stabilität und Sicherheit im gesamten Land zu gewährleisten. In dieses Machtvakuum strömen dann automatisch andere Gruppen, deren Interessen nur in den seltensten Fällen mit denen des Westens und erst recht nicht mit denen der Bürger übereinstimmen müssen. Die Rechnung zahlt, wie in Afghanistan und dem Irak, nun auch in Libyen leider die Bevölkerung! ■



OTL im Generalstab Heino Matzken
Diplom Informatiker
Deutscher VtdgAttaché in Belgien
1150 Woluwe St Pierre